

# Deutscher Bundestag

18. Wahlperiode

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

## Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschussdrucksache
18(16)33
zu TOP 8a der TO am 07.05.2014
06.05.2014

zum Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushaltsplan 2014, Einzelplan 16, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit - Drucksachen 18/700 -

Kapitel: **1604 Naturschutz**

Titelgruppe:

Titel: **68501 Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt**

Entwurf: **15.000**  
(in 1.000 €)

Antrag: **25.000**  
(in 1.000 €)

### Begründung:

Drei Viertel der in Deutschland vorkommenden Lebensräume, ein Drittel der einheimischen Tierarten und über ein Viertel der national vorkommenden Pflanzen sind akut gefährdet. Über die reine Projektförderung hinaus muss das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ auch strukturell zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt beitragen. Die im Haushaltentwurf 2014 dafür eingesetzte 15 Millionen Euro reichen nicht aus. Eine Aufstockung auf 22,5 Millionen Euro ist erforderlich und zudem muss eine Kofinanzierung von Projekten durch andere Förderprogramme möglich sein. Um auf die Veränderungen der biologischen Vielfalt reagieren zu können, bedarf es zudem gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen.

Weitere 2,5 Millionen Euro sind im Rahmen des Bundesprogramms notwendig, um die Einrichtung eines nationalen Monitoring Zentrums vorzubereiten. Dieses Zentrum ist notwendig, um flächendeckend und standardisiert Daten über die Bestände und Populationen von bedrohten und Indikator-Arten zu überwachen und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Umsetzung und Zielerreichung in der nationalen Biodiversitätsstrategie ist ohne eine solche zentrale Monitoringstelle nicht überprüfbar. Der Aufbau und die notwendige Vernetzung mit allen zuständigen Landesbehörden sollen im ersten Jahr durch ein Kernteam erfolgen. Für die laufende Arbeit müssen in den Folgejahren 4 Millionen Euro eingeplant werden.

Berlin, den 7. Mai 2014